

Bangladesch im Überblick

zusammengestellt von NETZ

zusammengestellt von NETZ e. V. und der Redaktion SÜDASIEN

Überschwemmungen in Rohingya-Camps

Mehr als 21.000 Rohingya-Geflüchtete, die in Camps in Cox's Bazar in Bangladesch leben, wurden Ende Juli 2021 von Sturzfluten und Erdbeben heimgesucht, sechs von ihnen kamen dabei ums Leben. Die Unterkünfte Tausender Menschen wurden weggespült oder überflutet. In nur 24 Stunden fielen über 300 mm Regen – fast die Hälfte des monatlichen Niederschlagsdurchschnitts für Juli. Die Überschwemmungen folgten auf große Brände, die im März in den Lagern wüteten und bei denen elf Menschen starben sowie Tausende von Unterkünften zerstört wurden. In einer Erklärung des UN-Flüchtlingshilfswerkes UNHCR von Ende Juli hieß es, dass das „ungünstige Wetter, die jüngsten Erdbeben und Überschwemmungen das Leiden und den massiven humanitären Bedarf der Rohingya-Flüchtlinge in Bangladesch weiter verschlimmern“. Seit dem Jahr 2017, als mehr als 700.000 Rohingya-Flüchtlinge aus Myanmar in Cox's Bazar ankamen, wurden Aufforstungsmaßnahmen durchgeführt, um die Hänge zu stabilisieren und das Risiko von Überschwemmungen und Erdbeben in den Lagern zu verringern. Das UNHCR und seine Partner/-innen haben Freiwillige aus den Flüchtlings- und Aufnahmegemeinschaften geschult, damit sie im Katastrophenfall sofort eingreifen können. Anfang August haben diese Freiwilligen Tag und Nacht gearbeitet, um Menschen aus überfluteten oder eingestürzten Unterkünften in Sicherheit zu bringen.

Corona-Behandlungskosten

Der Mangel an Intensivbetten in öffentlichen Krankenhäusern treibt viele Familien während der Corona-Pandemie in den Ruin, berichtet die englischsprachige Tageszeitung *The Daily Star*. Viele Familien von Covid-19-Patient(inn)en aus armen Familien und der Mittelschicht müssen sich demnach stark verschulden, da die Patient(inn)en oftmals gezwungen sind, sich in privaten Krankenhäusern behandeln zu lassen. In den subventionierten staatlichen Krankenhäusern stehen keine Betten zur Verfügung. Die

Recherche des *Daily Star* ergab, dass in fünf bekannten Privatkliniken in Dhaka die meisten Familienangehörigen von Covid-Patient(inn)en berichteten, dass sie sich teilweise massiv verschulden mussten, um die Behandlungskosten aufbringen zu können. Die meisten mussten ihre Unterkünfte und ihr Land aufgrund der akuten Notsituation zu Niedrigstpreisen veräußern. Ein Covid-19-Patient oder eine Patientin, die in einem Privatkrankenhaus behandelt wird, müsse mindestens doppelt so viel bezahlen wie in staatlichen Krankenhäusern, obwohl die Aufenthaltsdauer in privaten Krankenhäusern viel kürzer ist, so eine aktuelle Studie der *Health Economics Unit* (HEU) des bangladeschischen Gesundheitsministeriums. Dem Bericht zufolge liegen die durchschnittlichen Tageskosten für ein normales Bett bei 37.128 BDT (*Bangladesh-Taka*, umgerechnet etwa 370 Euro). Ein Bett auf der Intensivstation in privaten Krankenhäusern schlägt mit 68.885 BDT (umgerechnet rund 680 Euro) zu Buche. Md Mainul Ahasan, Generalsekretär der *Bangladesh Private Clinics and Diagnostic Owners' Association*, sagte: „Die Covid-Behandlung ist teuer. Wir können den Patient(inn)en keine großen Preisnachlässe gewähren, da Covid-Einheiten hohe Betriebskosten haben.“ Außerdem sei die Zahl der Patient(inn)en, die nicht an Covid erkrankt sind, drastisch zurückgegangen. Somit fehlen diese Einnahmen. Wegen der Pandemie kommen die Menschen nur in Notfällen in die Krankenhäuser und Diagnosezentren, so Ahasan weiter. „Wenn wir zu viele Rabatte für Covid-Patient(inn)en gewähren, können wir unsere Einrichtungen nicht mehr betreiben.“ Md Nurul Amin, stellvertretender Direktor der HEU, der die Studie leitete, sagte: „Die Kosten für die Behandlung von Coronavirus-Patient(inn)en sind aufgrund der hohen Medikamentenkosten, der hohen Ausgaben für Personal und die Wartung der Einrichtungen weltweit vergleichsweise hoch. Das bedeutet aber nicht, dass diese Krankenhäuser für Patient(inn)en mit finanziellen Problemen tabu sind.“ Die Regierung müsse diese Menschen finanziell unterstützen oder für ihre Behandlung aufkommen, wenn sie in Privatkliniken untergebracht werden müssen, so Amin.

Schulschließungen

Alle Bildungseinrichtungen Bangladeschs sind aufgrund der Corona-Pandemie seit März letzten Jahres geschlossen. Das bedeutet, dass die Kinder in wenigen Monaten zwei ganze Jahrgangsstufen durchlaufen haben werden, ohne einen einzigen Tag die Schule besucht zu haben. Zwar sind eine Reihe von Bewältigungsstrategien zu beobachten – etwa private Nachhilfe, Fernunterricht über das Fernsehen bis hin zum unbeaufsichtigten Selbststudium und der Hilfe von Familienmitgliedern – jedoch rechnen Expert(inn)en mit drastischen Auswirkungen auf die von den Schulschließungen betroffene Generation. Am schlimmsten betroffen werden Kinder aus ärmeren Haushalten sein, da alle oben genannten Methoden, den ausfallenden Unterricht auszugleichen, eine zusätzliche Kostenbelastung für die Familien bedeuten. Ärmere Familien haben angesichts der Pandemie oft gar keine andere Möglichkeit, als der Erwerbstätigkeit den Vorrang vor der Ausbildung ihrer Kinder geben. Eine aktuelle Studie des *BRAC Institute of Governance and Development* (BIGD) belegt außerdem, dass Alternativen wie Fernunterrichtsinstrumente die reguläre Schulbildung nicht ersetzen können. Schon vor der Covid-19-Krise ging eines von fünf Kindern im schulpflichtigen Alter nicht zur Schule. Die Qualität der Bildung, die der Rest erhielt, war größtenteils unbefriedigend. Mehr als die Hälfte der Kinder im Alter von sieben bis 14 Jahren verfügte vor der Pandemie über keine grundlegenden Lesefähigkeiten, und bei fast drei Viertel der Kinder wurden ähnliche Defizite im Rechnen festgestellt. Dies ergab eine 2019 vom *Bangladesh Bureau of Statistics* (BBS) in Zusammenarbeit mit UNICEF Bangladesch durchgeführte Erhebung. Die anhaltende Schließung von Schulen hat das Problem noch verschärft: Mindestens jedes vierte Kind läuft Gefahr, aufgrund der anhaltenden Unterbrechung der Bildung ernsthafte Lernverluste zu erleiden.

Zerstörung von Hindu-Tempeln in Khulna

Prominente Bürger/-innen forderten am 10. August 2021 die Verhaftung und den Prozess gegen die Täter, die für die Zerstörung und Plünderung mehrerer Häuser, Geschäfte und Tempel der Hindu-Gemeinschaft in Khulnas Rupsha Upazila verantwortlich sind. „Dies ist kein Einzelfall. Es ist ein beschämendes Beispiel für die

Unterdrückung von Minderheiten während der Pandemie“, heißt es in einer gemeinsamen Erklärung, die von Shamsul Huda, dem Geschäftsführer der NGO ALRD (*Association for Land Reform and Development*), unterzeichnet wurde. „In den letzten Jahren hat die Unterdrückung von Minderheitengemeinschaften zugenommen. Wir haben solche Vorfälle in Ramu in Cox's Bazar (2012), in Santhia in Pabna (2013), in Nasirnar in Brahmanbaria (2016), in Manpura in Bhola (2020) und in Shalla in Sunamganj (2021) erlebt. Wir haben die betroffenen Behörden wiederholt aufgefordert, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um solche Vorfälle zu vermeiden, und haben ein Gerichtsverfahren gegen die verantwortlichen Personen gefordert. Aber die Ermittlungen zu den Vorfällen sind immer noch nicht abgeschlossen, und die wirklichen Verbrecher wurden nie vor Gericht gestellt. Obwohl die örtliche Verwaltung von der chaotischen Situation in Rupsha wusste, hat sie nichts unternommen, um Zwischenfälle zu verhindern, und auch keine Maßnahmen ergriffen, um die Sicherheit der Minderheitengemeinschaft zu gewährleisten. Wir protestieren aufs Schärfste gegen solche Vorfälle von Folter, Einschüchterung und Menschenrechtsverletzungen an Mitgliedern der Minderheitengemeinschaft im Dorf Shiyali im Rupsha Upazila von Khulna. Wir fordern die Verhaftung und Bestrafung der Kriminellen, die hinter dem Vorfall stecken. Wir fordern außerdem, dass die Regierung Maßnahmen ergreift, um die Bevölkerung an der Verhinderung solcher Vorfälle zu beteiligen“, so die Unterzeichner/-innen. Zu den Unterzeichner(inne)n gehören die Menschenrechtsaktivistin Sultana Kamal, Khushi Kabir, Geschäftsführerin der NGO von Nijera Kori, Dr. Iftekharuzzaman, geschäftsführender Direktor von *Transparency International Bangladesh*, Rana Das Gupta, Staatsanwalt beim Tribunal zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen in Bangladesch, Rechtsanwalt Subrata Chowdhury, leitender Anwalt am Obersten Gerichtshof, Abul Barkat, Professor an der Universität Dhaka, und Rechtsanwältin Syeda Rizwana Hasan, Geschäftsführerin der NGO BELA (*Bangladesh Environmental Lawyers Association*).

Regierungsorganisationen transparenter als NGOs

Einer Studie von *Transparency International Bangladesh* (TIB) zufolge, schneiden Regie-

rungsorganisationen bei der proaktiven, von sich selbst aus betriebenen Offenlegung von Informationen auf der Grundlage des Gesetzes über das Recht auf Information besser ab als NGOs. TIB erklärte jedoch, dass die Fortschritte beider Seiten bei der Veröffentlichung von Informationen auf Websites nicht zufriedenstellend seien. TIB sammelte zwischen August letzten Jahres und Januar 2021 Informationen von 153 Regierungsorganisationen und 39 NGOs. Die Organisationen wurden anhand von 25 Indikatoren bewertet – 19 für den Umfang der Informationen, vier für die Zugänglichkeit und zwei für die Kompatibilität. Die Organisationen wurden nach dem prozentualen Anteil ihrer Punktzahl kategorisiert: Null bis 33 Prozent gelten als „alarmierend“, 34 bis 66 Prozent der Punkte als „unzureichend“, über 67 Prozent der Punkte gelten als „zufriedenstellend“. Insgesamt wurden nur etwa 8,5 Prozent der untersuchten staatlichen Einrichtungen als bedenklich eingestuft – im Gegensatz dazu jedoch 94,9 Prozent der NGOs. Im Falle der NGOs mangle es immer noch an der Offenlegung relevanter Informationen gemäß den Gesetzen und Vorschriften. Die meisten NGO-Websites enthielten nicht alle Arten von Informationen, die dem Gesetz über das Recht auf Information und den Leitlinien für die proaktive Offenlegung von Informationen entsprechen. Einige verfügen nicht über aktuelle Informationen oder das Datum der letzten Aktualisierung. Die meisten Websites sind nur auf Englisch zugänglich. Der Studie zufolge gaben die meisten Regierungsorganisationen zufriedenstellende Informationen über ihre Organisation und ihre Dienstleistungen, aber die Offenlegung von Informationen über ihre Aktivitäten und Entscheidungsfindung war alarmierend. Zu den in der Studie untersuchten Regierungsorganisationen gehörten Ministerien und Abteilungen, das Büro der Premierministerin, dem Ministerium angegliederte Abteilungsinstitutionen, verfassungsmäßige und gesetzliche Institutionen und andere wie Agenturen, Trusts, Stiftungen und öffentliche Unternehmen. In ihren 11-Punkte-Empfehlungen führte die TIB aus, dass die betroffenen Behörden ihre eigenen proaktiven Richtlinien für die Offenlegung und Verbreitung von Informationen formulieren und auf ihren Websites veröffentlichen sollten. TIB empfahl außerdem Schulungen zur Verbesserung der technischen Fähigkeiten der Mitarbeiter/-innen bei der Verwaltung der Website.

Flucht von Bhasan Char

Ein Fischerboot mit mehr als 40 Rohingya-Geflüchteten, darunter auch Kinder, die von der abgelegenen Insel Bhasan Char in Bangladesch geflohen waren, kenterte am 14. August 2021 im Golf von Bengalen. Dabei kamen mindestens elf Menschen ums Leben. Es ist bekannt, dass nur 15 Menschen das Kentern des Bootes am 14. August überlebt haben. 16 Personen werden noch vermisst. Mindestens 200 Flüchtlinge, die versuchten, von Bhasan Char zu entkommen, wurden seit Mai verhaftet. Mitarbeiter/-innen von Hilfsorganisationen vermuten, dass die tatsächliche Zahl viel höher ist und die Verhaftungen andauern. Seit Dezember 2020 hat Bangladesch inzwischen etwa 20.000 Geflüchtete aus der Region Cox's Bazar, wo mindestens 850.000 Menschen in Camps untergebracht sind, auf die Insel Bhasan Char im Golf von Bengalen verlegt. Geplant ist, dass insgesamt 100.000 Menschen umgesiedelt werden sollen. Seit den ersten Umsiedlungen am 4. Dezember 2020 berichteten Rohingya immer wieder, dass sie geschlagen und eingeschüchtert wurden, um der Umsiedlung zuzustimmen. Ähnliche Vorwürfe wurden im Zuge der weiteren Transporte auf die Insel an Menschenrechtsgruppen herangetragen. Gleichzeitig wiederholte die Regierung Bangladeschs mehrfach, dass die Umsiedlung freiwillig und die Insel sicher sei und dass sie bessere Lebensbedingungen als in den Camps biete. Es wird jedoch berichtet, dass es den Menschen nicht erlaubt ist, aus eigenen Stücken die Insel wieder zu verlassen – wodurch es erst zu dem Unglück bei dem Fluchtversuch kommen konnte. „Die Verhaftungen von Rohingya-Flüchtlingen, die versuchen, von der als ‚Gefängnisinsel‘ bezeichneten Insel zu fliehen, zeigen, dass die Zusicherungen der bangladeschischen Behörden, nur dazu bereite Flüchtlinge umzusiedeln und ihnen Bewegungsfreiheit zu gewähren, ein Schwindel waren“, sagte Meenakshi Ganguly, Direktorin für Südasien bei *Human Rights Watch*. „Die Regierung muss beweisen, dass Bhasan Char sicher und bewohnbar ist, auch indem sie den Flüchtlingen erlaubt, frei zu kommen und zu gehen.“ Nach einem Treffen mit einer UN-Delegation im Juli kündigten die Behörden Bangladeschs an, dass sie ab Oktober weitere 80.000 Flüchtlinge aus Cox's Bazar auf die Insel umsiedeln würden. Es ist unklar, wie Bhasan Char eine Bevölkerung von mehr als 100.000 Menschen

aufnehmen soll, da die 20.000 Menschen, die derzeit auf der Insel leben, bereits mit einer unzureichenden Gesundheitsversorgung, mangelnder Bildung und fehlenden Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts, Nahrungsmittelknappheit und Übergriffen durch Sicherheitskräfte zu kämpfen haben. Kürzlich kam es auf der Insel zu einem Ausbruch von Durchfallerkrankungen mit Todesfolge, weil es während der Monsunzeit an medizinischer Versorgung mangelte. Medienberichten zufolge planen die Vereinten Nationen, in den kommenden Monaten mit Hilfsmaßnahmen auf Bhasan Char zu beginnen.

Regierung schweigt zu DSA-Missbrauch

Die Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen für Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung, Irene Khan, erklärte am 26. Juli 2021, sie habe von der Regierung Bangladeschs noch keine Antwort auf ihre Anfrage zur strafrechtlichen Verfolgung des Karikaturisten Ahmed Kishore und des Schriftstellers Mushtaq Ahmed erhalten. Sie sagte dies bei einem von Amnesty International organisierten Webinar mit dem Titel *No Space for Dissent – Freedom of Expression in Bangladesh*. Khan hatte am 31. März dieses Jahres einen Brief an die Regierung geschickt und um Informationen gebeten. Das Schreiben wurde auch von dem UN-Sonderberichterstatter für Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, dem Sonderberichterstatter für kulturelle Rechte, der Arbeitsgruppe für erzwungenes oder unfreiwilliges Verschwindenlassen, dem Sonderberichterstatter für außergerichtliche, summarische oder willkürliche Hinrichtungen und dem Sonderberichterstatter für das Recht eines jeden auf das für ihn erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit unterzeichnet. Sie hatten die Regierung aufgefordert zu erklären, aus welchen rechtlichen Gründen Kishore und Mushtaq verhaftet wurden. Sie hatten die Regierung auch gebeten, Einzelheiten zu den Untersuchungen zu nennen, die die Regierung nach der Folter der beiden in Gewahrsam genommenen Personen durchgeführt hatte. „Die Regierung muss das internationale System der UN ernst nehmen. Wir sind hier, um der Regierung zu helfen, ihren Verpflichtungen nachzukommen“, sagte Khan auf dem Webinar. Amnesty International (AI) schrieb in

einer separaten Erklärung, dass ein besorgniserregendes Muster festzustellen sei, bei dem die bangladeschischen Behörden die Paragraphen 25, 29 und 31 des *Digital Security Act* (DSA) als Instrument einsetze, um kritische Stimmen ins Visier zu nehmen und zu schikanieren. „Die Art und Weise, wie Verleumdung im Rahmen des DSA kriminalisiert wird, zeigt die schwerwiegenden Mängel eines strafrechtlichen Ansatzes zur Verleumdung. Hier wurde das Gesetz weiter instrumentalisiert, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen“, heißt es in der Erklärung. AI forderte die Regierung auf, dafür zu sorgen, dass Verleumdungen als zivilrechtliche und nicht als strafrechtliche Angelegenheiten behandelt werden, hieß es in der Erklärung. Der Minister für Information und Rundfunk, Hasan Mahmud, wies die Anschuldigungen von AI zum DSA zurück und erklärte, Amnesty International habe sein Renommee und seine Akzeptanz verloren.

Neuer Pakt für Textilfabriken

Internationale Modeketten und Gewerkschaften haben laut Deutscher Welle vom 1. September einen neuen Pakt geschlossen, der die Sicherheit von Arbeitskräften in der Textilindustrie in Bangladesch erhöhen soll. Das Abkommen mit dem Titel *International Accord for Health and Safety in the Textile and Garment Industry* ist am 1. September in Kraft getreten und soll mindestens zwei Jahre lang gelten. Das Abkommen löst einen Vertrag über Brandschutz und Gebäudesicherheit ab, den die Modeketten und Gewerkschaften nach dem Einsturz eines Fabrikgebäudes in Rana Plaza mit mehr als 1100 Toten vor acht Jahren geschlossen hatten und der Ende August ausgelaufen ist. Rund 200 Textilhändler hatten das Abkommen im Jahr 2013 unterzeichnet. Bangladesch ist nach China der größte Produzent von Bekleidung. Die bisherige Vereinbarung erreichte nach Angaben der Beteiligten, dass mehr als 120.000 Sicherheitsrisiken in knapp 1600 Fabriken behoben wurden. Auch das neue Abkommen soll rechtlich bindend sein. Die Schwerpunkte liegen bei Gesundheit und Sicherheit sowie der Einhaltung von Standards durch die Industrie. Die Kontrolle soll der sogenannte *Ready Made Garments Sustainability Council* (RSC) übernehmen, an dem neben Gewerkschaften und Modeketten auch Fabrikbesitzer beteiligt sind.